

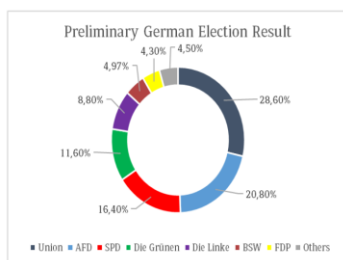
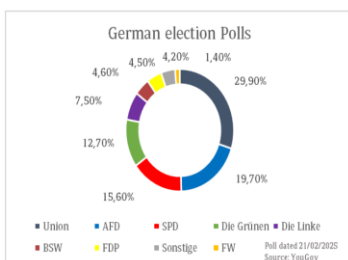
Wahlen in Deutschland – erste Einschätzungen

Erwartungen vor der Wahl und die Ergebnisse

Meinungsumfragen deuteten bereits vor der Bundestagswahl darauf hin, dass die Unionspartei (CDU und CSU) ohne einen deutlichen Stimmenzuwachs die stärkste Partei im Bundestag werden würde und zusammen mit der SPD (Sozialdemokraten) in einer großen Koalition die Regierung bilden könnte. Mit 28,52 % der abgegebenen Stimmen erreichte die Union die Mehrheit vor der rechtsgerichteten Partei Alternative für Deutschland (mit 20,8 %). Die Sozialdemokraten (SPD) folgten mit 16,41 % und die Grünen mit 11,61 %. Unter den kleineren Parteien erzielten die FDP 4,33 %, das BSW 4,97 % und Die Linke 8,77 % der Stimmen. Nur Die Linke konnte die Fünf-Prozent-Hürde überwinden.

Es sieht somit danach aus, als könnte die große Koalition CDU/CSU-SPD mit Friedrich Merz (CDU) als Kanzler eine Regierung bilden. Das ist die gute Nachricht. Die wichtigsten demokratischen Parteien (Union, SPD und Grüne) verfügen wahrscheinlich nicht über die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Bundestag, um die Schuldenbremse zu reformieren. Dies trägt wesentlich zur Unsicherheit bei. Die Linke würde eine Lockerung der Schuldenbremse unterstützen, jedoch wollen sie weniger Militärausgaben.

MEINUNGSUMFRAGEN VOR UND NACH DER BUNDESTAGSWAHL



Quelle: yougov.de, ZDF - BNP Paribas

Die nächsten Schritte

Die Koalitionsgespräche konzentrieren sich auf drei Themen: Sozialausgaben, Finanzierungen über eine Reform der Schuldenbremse und Einwanderung. Mit einer großen Koalition erwarten wir wichtige Verhandlungen um die ersten beiden Schwerpunktthemen. Seit 2002 beträgt die durchschnittliche Zeit zur Bildung einer Koalition mehr als 70 Tage.

Auswirkungen auf die Wirtschaft

Unsicherheit: Da die politische Unsicherheit wie eine Bremse auf das Wirtschaftswachstum in Deutschland gewirkt hat, dürfte die Beseitigung jener Unsicherheit in den kommenden Monaten positiv für die Konjunktur sein.

Schuldenbremse: Zu diesem Zeitpunkt verfügen die wichtigsten demokratischen Parteien (Union, SPD und Grüne) nicht über die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Bundestag, um die Schuldenbremse zu reformieren oder außerplanmäßige Haushaltsmittel bereitzustellen. Wie zuvor erwähnt, spricht sich die Linke für eine Lockerung der Schuldenbremse aus, will aber sehen, dass die Militärausgaben zurückgefahren werden.

Ein Sondervermögen, um höhere Ausgaben zu gewährleisten, sehen wir als wahrscheinlicher an als eine vollständige Reform der Schuldenbremse. Es sollte einfacher sein, Befürworter für zeitweilige, genau definierte öffentliche Investitionen zu finden als eine unbefristete Ausweitung der Kreditaufnahme. Bisher scheint es noch keinen Konsens darüber zu geben, wie die zusätzliche Fremdkapitalaufnahme verwendet würde. Und auf die Details kommt es an.

Guy Ertz, PhD

Chief Investment Advisor -
Deputy Global CIO
BNP Paribas Wealth Management



Konjunkturimpulse

Fiskalpolitische Impulse: Abhängig von einer möglichen Einigung zur Lockerung der Schuldenbremse rechnen wir mit einem jährlichen Anstieg der Investitionsausgaben um 0,7 % des BIP. Dies dürfte zu einem Anstieg des realen BIP-Wachstums um rund 0,3 % führen. Je nach Ausgestaltung der Haushaltspolitik können die Effekte mittelfristig größer sein, wenn sie mit einer angebotsseitigen Reform wie einer Verringerung der Bürokratie für Unternehmen einhergehen. Es könnte jedoch 12 bis 18 Monate dauern bis neues Fremdkapital über ein Sondervermögen zur Verfügung steht.

Niedrigere Energiepreise: Die drei wichtigsten demokratischen Parteien unterstützen allesamt Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise. Dieser Fakt verbunden mit dem Ende des Ukraine-Konflikts könnte zu einem deutlichen Rückgang der Energiekosten für bestimmte Branchen führen, aber auch für Privathaushalte.

Fazit

Das Ergebnis der Wahlen in Deutschland ist für die Märkte positiv zu bewerten, da es Unsicherheiten abbaut. Darüber hinaus erhöht es die Aussichten auf höhere Staatsausgaben mit potenziell hohen Multiplikatoreffekten. Die Tatsache, dass die wichtigsten demokratischen Parteien (Union, SPD und Grüne) nicht über die ausreichende Zweidrittelmehrheit im Bundestag verfügen, um die Schuldenbremse zu lockern oder außerbudgetäre Finanzmittel bereitzustellen, bleibt ein Unsicherheitsfaktor. Weitere Haupthemmnisse sind das Fehlen eines Konsenses darüber, wo das zusätzliche Fremdkapital eingesetzt werden soll, und die Details sind entscheidend. Um Auswirkungen und Dauer einer Konjunkturbelebung in Deutschland vollumfänglich beurteilen zu können, sind noch große Fortschritte bei diesem Konsens erforderlich. In solch einem Szenario könnte Deutschland auch den Weg zu mehr Übereinstimmung auf EU-Ebene ebnen, was zu einem Durchbruch bei großen öffentlichen Investitionen verhelfen könnte, insbesondere in die Verteidigung und Infrastruktur.



KONTAKTIEREN SIE UNS



privatebanking.bnpparibas.de

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Diese Informationen und die darin gemachten Angaben, Meinungen und Einschätzungen sind ausschließlich für Kunden und ausgewählte Interessenten des BNP Wealth Managements bestimmt. Es gilt deutsches Recht. Die Weitergabe dieser Informationen oder einzelner Elemente daraus an Dritte ist nicht gestattet. Die Informationen, die Sie hier finden, richten sich ausdrücklich nicht an Personen in Ländern, die das Vorhalten der hier dargestellten Inhalte untersagen, insbesondere nicht an US-Personen im Sinne der Regulation S des US Securities Act 1933 sowie Internet-Nutzer in Großbritannien, Nordirland, Kanada und Japan. Jeder Leser ist deshalb selbst verantwortlich, sich über etwaige Beschränkungen zu informieren und diese einzuhalten. Für die Erstellung dieser Informationen, Anlagestrategien etc. bedient sich BNP Wealth Management auch der Expertise Dritter. Die Informationen werden mit großer Sorgfalt recherchiert und zur Verfügung gestellt, eine Garantie für Vollständigkeit und Richtigkeit wird aber nicht gegeben. Soweit es sich um Meinungen und Einschätzungen handelt, bitten wir um Verständnis, dass insoweit jegliche Haftung abgelehnt wird.

Bei diesen Informationen handelt es sich um Marketingmitteilungen. Sie dienen nur Ihrer Information und Unterstützung. Sie stellen deshalb insbesondere keine auf Ihre individuellen Bedürfnisse ausgerichteten Empfehlungen zum Kaufen, Halten oder Verkaufen eines Finanzprodukts dar und begründen auch kein individuelles Beratungs- oder Auskunftsverhältnis. Sie sind ferner nicht als Rechts-, Steuer- oder sonstige Beratung gedacht. Bevor Sie Investmententscheidungen treffen, sollten Sie sich deshalb sorgfältig über die Chancen und Risiken des Marktes und für Sie geeigneter Investments informiert haben oder sich beraten lassen. Dies kann neben den finanziellen auch die steuerlichen und rechtlichen Aspekte betreffen. Bitte beachten Sie auch, dass aus der Wertentwicklung eines Finanzprodukts in der Vergangenheit, einer Entwicklung des betroffenen Marktes oder einer Einschätzung zur Entwicklung der Märkte nicht auf zukünftige Entwicklungen oder Erträge geschlossen werden kann. Bedienen Sie sich bitte auch ergänzend der «Basisinformationen über Vermögensanlagen in Wertpapieren». Diese sind über den Bankverlag, Postfach 450209 in 50877 Köln erhältlich. Die hier preisgegebenen Informationen enthalten nicht alle für ein von Ihnen eventuell angestrebtes Investment erforderlichen bzw. aktuellen Informationen. Neben Informationen zu Produkten und Dienstleistungen, die hier oder auf den Internetseiten des BNP Wealth Managements bereitgestellt sind, gibt es gegebenenfalls auch andere Produkte und Dienstleistungen, die für die von Ihnen verfolgten Anlageziele besser geeignet sind.

BNP Paribas Wealth Management ist ein Geschäftsbereich der BNP Paribas S.A. Niederlassung Deutschland.

Standort Frankfurt: Senckenberganlage 19 ▪ 60327 Frankfurt am Main ▪ HRB Frankfurt am Main 40950 ▪ Telefon: + 49 69 560041 - 200

Standort Nürnberg: Bahnhofstraße 55 ▪ 90402 Nürnberg ▪ HRB Nürnberg 31129 ▪ Telefon: + 49 (0) 911 369-2000 ▪ Fax: +49 (0) 911 369-1000, privatebanking@de.bnpparibas.com, www.privatebanking.bnpparibas.de

Sitz der BNP Paribas S.A.: 16, boulevard des Italiens ▪ 75009 Paris ▪ Frankreich ▪ Eingetragen am Registergericht Paris unter: R.C.S. 662 042 449

Gesetzliche Vertretungsberechtigte der BNP Paribas S.A.:

Président du Conseil d'Administration (Präsident des Verwaltungsrates): Jean Lemierre • Directeur Général (Generaldirektor): Jean-Laurent Bonnafé

Niederlassungsleitung Deutschland: Lutz Diederichs, Dr. Carsten Esbach, Thorsten Gommel, Rainer Hohenberger, Michel Thebault, Frank Vogel

Zuständige Aufsichtsbehörden: Europäische Zentralbank, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Banque de France, Autorité de Contrôle Prudentiel et de Résolution, Autorité des Marchés Financiers



BNP PARIBAS
WEALTH MANAGEMENT

PRIVATE BANKING

Die Bank
für eine Welt
im Wandel